



Zwischen

den **Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns**
Menzinger Straße 71, 80638 München

- nachfolgend „**Auftraggeber**“ genannt -

und

- nachfolgend „**Auftragnehmer**“ genannt -

wird folgender

Gestaltungs- und Planungsvertrag

geschlossen:

§ 1 Vertragsgegenstand, Gestaltungsziele

- 1.1 Gegenstand des Vertrags sind Leistungen für die Gestaltung und Planung des geowissenschaftlichen Ausstellungsforum „GeoForum“ im Neubau Geowissenschaften der LMU München („**Projekt**“).
- 1.2 Dem Auftraggeber steht für das Projekt ein Realisierungsbudget in Höhe von 2.500.000,00 € netto zur Verfügung. Die Einhaltung dieses Budgets ist für den Auftraggeber von zentraler Bedeutung.
- 1.3 Die Ausstellung muss bis zum 30.05.2031 fertiggestellt sein. Die Eröffnung der Ausstellung soll voraussichtlich im Juni 2031 erfolgen.

- 1.4 Die Ausstellung ist barrierefrei gemäß DIN 18040-1 zu planen. Sie soll möglichst nachhaltig gestaltet werden.
- 1.5 Die Ausstellungsfläche beträgt ca. 1.390 qm.
- 1.6 Der Auftraggeber ist an das Vergaberecht, insbesondere die Verwaltungsvorschrift zum öffentlichen Auftragswesen in Bayern (VVöA und BayWiVG) gebunden. Die Beauftragung der einzelnen Gewerke muss daher nach den Regeln des Vergaberechts und der VVöA erfolgen.
- 1.7 Die vorstehenden Absätze beschreiben die Planungsziele.

§ 2 Vertragsgrundlagen

- 2.1. Für diesen Vertrag gelten die folgenden Vertragsbestandteile in nachfolgender Rang- und Reihenfolge:
 - die Bestimmungen dieses Vertrages,
 - die GeoForum-Auftragsbeschreibung,
 - das GeoForum-Grobkonzept,
 - die Flächenaufstellung GeoForum-Ausstellungsbereiche,
 - die GeoForum-Vertragsanmerkungen,
 - ggf. Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen, soweit durch die Antworten Vertragsbestandteile konkretisiert oder modifiziert wurden und
 - das Angebot des Auftragnehmers einschließlich Angebotskalkulation und Konzept.
- 2.2. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil.
- 2.3. Für den Vertrag gilt außerdem das Werkvertragsrecht des BGB. Die HOAS ist nicht Vertragsbestandteil.

§ 3 Leistungsumfang, stufenweise Beauftragung

- 3.1. Der Auftragnehmer wird beauftragt, sämtliche Leistungen zu erbringen, die für die Konzeption, Planung und Realisierung der Ausstellung „GeoForum“

erforderlich werden, insbesondere die in der Leistungsbeschreibung genannten Kernleistungen.

- 3.2. Folgende Leistungen sind als Kernleistung vom Auftragnehmer mitzuplanen; die Umsetzung wird gleichwohl im Rahmen der Vergaben für die Ausstellungsrealisierung externen Dienstleistern/Dienstleisterinnen übertragen: Bild-Digitalisierungen, Satz und Sondergrafiken mit besonderem künstlerischem Charakter, Leistungen von Künstler/innen, Einbringung der Exponate inkl. Planung und Bau der Exponathalterungen, Umsetzung Web-App als digitaler Guide.
- 3.3. Im Bereich der Gestaltung und Planung von Medien gehört es zum Leistungsumfang des Auftragnehmers, hierzu ein vollständiges Gestaltungskonzept zu entwickeln. Dies beinhaltet auch Leit-Anmutungen des geplanten Screen-Designs oder Animations-Designs, ggf. als Moods. Entsprechende Konzepte und Vorgaben, Treatments oder Beschreibungen sind vom Auftragnehmer zu entwickeln. Die konkrete Umsetzung wird dann in geeigneten Vergabepaketen ausgeschrieben und an Dienstleistende vergeben.
- 3.4. Zum Leistungsumfang des Auftragnehmers gehören auch folgende besondere Leistungen:
 - 3.4.1. Erstellung eines Wartungskonzeptes einschließlich der Erstellung von Leistungsverzeichnissen für die Ausschreibung der Wartung für folgende Ausstellungsteile:

Hands-on- und Medienstationen.
 - 3.4.2. Erweiterte barrierereduzierte Planung der Ausstellung gemäß der Angaben in der Auftragsbeschreibung in Ziffer 5.

Die Planungsleistungen für eine erweiterte barrierereduzierte Ausstellung nach den Vorgaben der Aufgabenbeschreibungen in den Leistungsbeschreibungen gehört zum geschuldeten Leistungs- und Planungsumfang des Auftragnehmers über alle Leistungsphasen hinweg, insoweit sie nicht in den Bereich der Hochbauplanung fallen (Aufzüge, Treppen u.Ä.).
- 3.5. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei seinen Leistungen jederzeit die Regeln des Vergaberechts zu beachten und den Auftraggeber unverzüglich darauf hinzuweisen, wenn aus seiner Sicht Beratungsbedarf in vergaberechtlicher Sicht besteht.

- 3.6. Die Beauftragung erfolgt stufenweise, wobei die Stufen wie folgt festgelegt werden:

Leistungsphasen 1 und 2: Stufe A

Leistungsphasen 3: Stufe B

Leistungsphase 4 und 5: Stufe C

Leistungsphasen 6 und 7: Stufe D

Beauftragte werden zunächst nur die Leistungen der Stufe A.

- 3.7. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber rechtzeitig in Textform darauf hinzuweisen, zu welchem späteren Zeitpunkt ein Abruf der weiteren Stufen erforderlich ist, damit eine unterbrechungsfreie Leistung des Auftragnehmers und die Einhaltung des mit dem Auftraggeber abgestimmten Zeitplans sichergestellt sind.

Der Abruf weiterer Stufen muss spätestens innerhalb einer Frist von 18 Monaten nach Fertigstellung aller Arbeiten des Auftragnehmers aus der vorhergehenden Stufe erfolgen; die Frist beginnt jedoch nicht vor dem Zugang des Hinweises des Auftragnehmers gemäß Satz 1 bei dem Auftraggeber. Der Abruf weiterer Leistungsstufen erfolgt in Textform. Ruft der Auftraggeber die Leistungen erst nach Ablauf von 18 Monaten ab, kann der Auftragnehmer den Vertrag innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Zugang des Abrufs kündigen.

- 3.8. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf eine Beauftragung mit weiteren Leistungen. Er kann aus einer Nichtbeauftragung keinerlei weitergehende Rechte herleiten.

Aus der stufenweisen Beauftragung und einer damit eventuell zusammenhängenden Unterbrechung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars oder sonstige Ansprüche, insbesondere auf Entschädigung oder Schadensersatz geltend machen.

§ 4 Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

- 4.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die vom Auftraggeber übertragenen Leistungen nach den allgemeinen anerkannten Regeln der Technik und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit zu erbringen.
- 4.2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, an regelmäßigen Abstimmungstreffen mit dem Auftraggeber sowie mit anderen an der Gesamtplanung fachlich Beteiligten teilzunehmen und an ggf. erforderlichen Lösungen in Schnittstellenbereichen

konstruktiv und lösungsorientiert mitzuwirken. Der Auftragnehmer verpflichtet sich weiterhin, die Vorgaben des Auftraggebers umzusetzen und auf Verlangen auch Änderungen an der Gestaltung oder planerischen Umsetzung nach Maßgabe der Vorstellungen des Auftraggebers in der Planung zu berücksichtigen.

- 4.3. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber über wesentliche Änderungen, insbesondere über Termin- und Qualitätsabweichungen unverzüglich und unaufgefordert in Textform zu unterrichten, sobald sie erkennbar werden. Er ist verpflichtet, dem Auftraggeber Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Die Vorschläge müssen auch Hinweise zu den voraussichtlichen Auswirkungen auf die jeweils anderen Faktoren (Kosten, Termine, Qualität des Projektes) enthalten.

Der Auftragnehmer gibt dem Auftraggeber in regelmäßigen Abständen Zwischenbericht über den Stand der Ausführung.

- 4.4. Bedenken gegen die Entscheidung des Auftraggebers hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber grundsätzlich in Textform mitzuteilen.
- 4.5. Soweit der Auftragnehmer Unterlagen bzw. Vorgaben und Entscheidungen für die Ausführung seiner Leistungen benötigt, ist er verpflichtet, den Auftraggeber so rechtzeitig in Textform darauf hinzuweisen, dass der Auftragnehmer selbst seine Leistungen rechtzeitig erbringen kann.
- 4.6. Soweit es seine Aufgabe erfordert, ist der Auftragnehmer berechtigt und verpflichtet, die Rechte des Auftraggebers zu wahren, insbesondere hat er den am Ausstellungsbau Beteiligten die notwendigen Weisungen zu erteilen. Ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers darf der Auftragnehmer aber finanzielle Verpflichtungen für den Auftraggeber nur eingehen oder Kosten erhöhende Maßnahmen anordnen, wenn Gefahr im Verzug und das Einverständnis des Auftraggebers nicht rechtzeitig zu erlangen ist.
- 4.7. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die im Zusammenhang mit dem Projekt direkt oder indirekt, schriftlich, mündlich oder in sonstiger Form erlangte Daten, Zeichnungen, Pläne, Unterlagen, Erkenntnisse, Erfahrungen, sonstiges Know-how und alle sonstigen Informationen („Informationen“) vertraulich zu behandeln und nur im Rahmen der zwischen den Parteien vereinbarten Zusammenarbeit zu verwenden.
- 4.8. Der Auftragnehmer wird insbesondere die Informationen nicht an Dritte weitergeben oder Dritten sonst wie zugänglich machen, außer Mitarbeitern oder Firmen, die diese Informationen im Zusammenhang mit dem Projekt benötigen.

- 4.9. Der Auftragnehmer hat in seinem Angebot einen Projektleiter und einen Szenografen/Ausstellungsdesigner namentlich benannt. Die Auswechslung des Projektleiters oder des Szenografs bzw. Ausstellungsdesigners bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers in Textform, die dieser nur aus wichtigem Grund verweigern darf. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber mit Einholung der Zustimmung nachzuweisen, dass die als Ersatz vorgesehenen Mitarbeiter des Auftragnehmers über eine entsprechend vergleichbare und einschlägige Qualifikation verfügen.

§ 5 Pflichten des Auftraggebers – Leistungsabgrenzung

- 5.1. Der Auftraggeber fördert die Planung und Durchführung des Projektes. Anstehende Entscheidungen über Gestaltungsvarianten, Ausführungsvarianten oder sonstige für den ungehinderten Fortgang des Planungsprozesses notwendigen Zwischenschritte wird er innerhalb angemessener Frist treffen. Dies betrifft insbesondere die Freigabe der Zwischenergebnisse aus den jeweiligen Leistungsphasen.
- 5.2. Der Auftraggeber verpflichtet sich, die von ihm zugesagten Exponate, Inhalte und sonstige im Budget nicht abgebildeten, aber notwendigen Leistungen rechtzeitig bereitzustellen. Dies erfolgt unter der Maßgabe der Mitwirkungspflichten des Auftragnehmers gemäß Leistungsbeschreibung. Der Auftraggeber stellt die Rohfassungen der Ausstellungstexte mit allen erforderlichen Fakten, Exponat-Bezeichnungen und inhaltlich-wissenschaftlichen Erklärungen in einem digitalen Format für die redaktionelle, didaktische und grafische Aufbereitung rechtzeitig zur Verfügung.
- 5.3. Der Auftraggeber benennt Dr. Gilla Simon und PD Dr. Martina Kölbl-Ebert als für alle Entscheidungen maßgebliche Ansprechpartnerinnen.
- 5.4. Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass die folgenden, im erweiterten Zusammenhang einer Ausstellungsentwicklung teilweise möglichen Leistungen nicht Teil der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen sind: Aufmaße, Akustikplanung, Elektroplanung in Bezug auf die Gebäude-Elektrik, statische Planungen, Planungen in Bezug auf das Gebäude selbst (Wände, Decken, Fußböden, Haustechnik), haustechnische und konservatorische Maßnahmen am Gebäude, Planung des Betriebes, Schulungen von Guides oder Betriebspersonal über eine reguläre, insbesondere die Bedienung der Technik betreffende Einweisung hinaus, Ankauf, Präparation oder Restaurierung von Exponaten, Planung von Veranstaltungen oder Programmangeboten für den Ausstellungsbetrieb.

§ 6 Leistungsänderungen

- 6.1. Der Auftraggeber ist berechtigt, geänderte oder zusätzliche Gestaltungsleistungen im Zusammenhang mit dem Projekt anzuordnen bzw. zu beauftragen (Option).
- 6.2. Macht der Auftraggeber von seinem Recht Gebrauch, Änderungen, insbesondere Erweiterungen des Leistungsumfangs gemäß § 3.9 zu verlangen, gilt Folgendes:
 - a) Über die von dem Auftraggeber verlangten Leistungsänderungen sollen möglichst umgehend Nachtragsverträge in Textform geschlossen werden. Diese Nachtragsverträge sollen eine Vereinbarung über die Auswirkungen der Leistungsänderungen auf die Vergütung enthalten.
 - b) Erhöht sich in Folge der Änderungen der Aufwand des Auftragnehmers (nach Berücksichtigung des etwa in Folge der Änderungen entfallenden Aufwands), hat der Auftragnehmer Anspruch auf eine zusätzliche vertragliche Vergütung. Ist der Auftragnehmer der Meinung, einen solchen Anspruch zu haben, hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich und vor Beginn der Ausführung der geänderten Leistungen anzuzeigen und seinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung anzukündigen. Unterlässt der Auftragnehmer diese Ankündigung, hat er keinen vertraglichen Anspruch auf zusätzliche Vergütung, es sei denn, dass der Auftraggeber die Erhöhung des Aufwandes erkannte oder hätte erkennen müssen oder der Auftragnehmer das Unterlassen der Ankündigung nicht zu vertreten hat. Etwa bestehende gesetzliche Ansprüche des Auftragnehmers bleiben dem Grunde nach unberührt, beschränken sich der Höhe nach jedoch auf die Vergütung, die im Falle einer vertraglichen Vereinbarung gemäß c) zu zahlen wäre.
 - c) Sofern ein Nachtragsvertrag mit Vergütungsvereinbarung gemäß a) nicht zustande kommt und sich die Parteien über die Höhe der zusätzlichen Vergütung für die geänderte Leistung vor deren Ausführung nicht einig werden, ist der Auftragnehmer dennoch zur Ausführung der geänderten Leistung verpflichtet. Die Höhe der zusätzlichen Vergütung ist dann im Nachhinein zu ermitteln. Durch die zusätzliche Vergütung soll sich die ursprüngliche Vergütung in demselben Umfang verändern, wie sich der ursprüngliche Leistungsumfang gegenüber dem in Folge der Änderung eingetretenen Leistungsumfang verändert hat. Sollte sich die zusätzliche Vergütung auf diese Weise nicht ermitteln lassen, erfolgt die Vergütung auf Grundlage der vereinbarten Stundensätze.

- 6.3. Beabsichtigt der Auftragnehmer bestimmte Realisierungsleistungen – etwa im Bereich von Medienproduktionen, der Umsetzung des digitalen Guides oder der Erstellung von Sondergrafiken und Reinzeichnungen – selbst zu erbringen, so ist eine solche zusätzliche Beauftragung als Auftragserweiterung und zusätzliche besondere Leistung möglich, insoweit z.B. eine besondere künstlerisch-gestalterische Qualität zu erwarten ist. Die Entscheidung darüber liegt allein im Ermessen des Auftraggebers (Option für den Auftraggeber). Eine entsprechende Absicht entbindet den Auftragnehmer nicht von der Pflicht, die Leistungen so in Leistungsverzeichnissen und Ausschreibungsunterlagen zu definieren, so dass es dem Auftraggeber unbenommen bleibt, die Leistungen auszuschreiben oder Vergleichsangebote einzuholen oder sonst anderweitig zu vergeben. Sollten Reinzeichnungen beauftrag werden, dann ist die Vergütung anhand des Tagessatzes gemäß Preisblatt zu vereinbaren.

§ 7 Termine und Budget

- 7.1. Die Parteien vereinbaren folgende Vertragsfristen:

Die Ausstellung muss bis zum 30.05.2031 fertiggestellt sein. Die Eröffnung der Ausstellung soll voraussichtlich im Juni 2031 erfolgen.

Der Auftragnehmer hat bei seiner zeitlichen Planung zu beachten, dass der Ausstellungsbau und sonstige Leistungen nach öffentlichem Vergaberecht ausgeschrieben werden müssen.

- 7.2. Weitere Termine werden nach Auftragserteilung in einem Zeitplan in Textform festgelegt. Die in dem Zeitplan vereinbarten Fristen für die Fertigstellung einzelner Leistungsphase werden Vertragsfristen.

- 7.3. Die Leistungen des Auftragnehmers nach diesem Vertrag beginnen unmittelbar nach Vertragsschluss und enden mit vollständiger Erbringung der übertragenen Leistungen.

Die Parteien gehen daher von folgender Regelzeit für die Leistungsphase 6 Baulich-technische Überwachung und Koordinierung der Realisierung aus:

Beginn: 01.10.2030 – Fertigstellung: 30.05.2031 – Regelzeit: 8 Monate

Bei einer Überschreitung der vorgenannten Regelzeiten kann die Vergütung unter den Voraussetzungen des § 10 angepasst werden.

- 7.4. Das Realisierungsbudget für die Ausstellung (einschließlich der in § 3.2 und 3.3 genannten Leistungen) beträgt 2.500.000 € (netto).

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Erbringung seiner Leistungen jederzeit auf die Einhaltung dieses Budgets zu achten. Hält der Auftragnehmer das vorgegebene Budget auch bei strikter Beachtung des Gebotes der Wirtschaftlichkeit nicht für auskömmlich, so hat er den Auftraggeber darüber unter Angabe der Gründe unverzüglich in Textform zu unterrichten und Vorschläge zu unterbreiten, wie das Budget eingehalten werden kann. Dabei hat er darzulegen, wie sich die Verwirklichung der Vorschläge auf Qualitäten und Quantitäten sowie Termine und Fristen auswirken würde.

Der Auftragnehmer hat im Rahmen seiner Planungen und Kostenschätzungen stets zu beachten, dass bis zur Ausschreibung der Realisierungsleistungen ein längerer Zeitraum vergeht. Übliche Preissteigerungen bei den Gewerken sind daher einzukalkulieren.

§ 8 Unterauftragnehmer

Der Auftragnehmer hat die vereinbarten Leistungen persönlich bzw. mit seinen Gesellschaftern und seinen angestellten Mitarbeitern zu erbringen. Die Übertragung vereinbarter Leistungen an Dritte bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers in Textform. Etwas anderes gilt nur, wenn der Auftragnehmer den Einsatz eines Unterauftragnehmer bereits in seinem Angebot angegeben hatte. In diesem Fall ist der Auftragnehmer verpflichtet, spätestens eine Woche vor Beginn der Auftragsausführung die Namen, die Kontaktdaten und die gesetzlichen Vertreter der Unterauftragnehmer mitzuteilen.

§ 9 Haftpflichtversicherung

9.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen bzw. zu unterhalten. Die Deckungssummen dieser Versicherung müssen

für Personenschäden 3.000.000,00 €

und für sonstige Schäden 1.000.000,00 €

betragen und in jedem Versicherungsjahr zweifach zur Verfügung stehen.

9.2. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Versicherung bis zum Ablauf seiner Gewährleistungsfrist aufrecht zu erhalten.

9.3. Der Auftragnehmer hat auf Verlangen des Auftraggebers den Versicherungsschutz im vereinbarten Umfang nachzuweisen. Weist der Auftragnehmer den

Versicherungsschutz nicht innerhalb von zwei Wochen nach Aufforderung durch den Auftraggeber in Textform nach, ist der Auftraggeber zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt.

§ 10 Honorar

10.1 Die Vergütung für sämtliche Kernleistungen gemäß § 3.1 bis 3.3 erfolgt zu dem in der Angebotskalkulation angegebenen Pauschalhonorar zuzüglich Nebenkosten und Umsatzsteuer. Aus der Angebotskalkulation ergibt sich auch die Aufteilung der Vergütung auf die einzelnen Leistungsphasen.

10.2 Die Höhe des Pauschalhonorars ist unabhängig von der Höhe der tatsächlichen Realisierungskosten. Erhöhen sich die tatsächlichen Realisierungskosten durch Preissteigerungen, dann findet keine Anpassung des Pauschalpreises statt.

Eine Anpassung der Vergütung erfolgt nur dann, wenn der Auftraggeber geänderte Leistungen gemäß § 6 dieses Vertrags beauftragt.

10.3 Die gemäß § 3.4 von dem Auftragnehmer zu erbringenden besonderen und zusätzlichen Leistungen werden pauschal gemäß Angebotskalkulation vergütet.

10.4 Sofern Leistungen nach Zeitaufwand abzurechnen sind, werden folgende Tagessätze gemäß Angebotskalkulation vereinbart:

Projektmanagement:	... EUR/Tag
Szenografie und Gestaltung:	... EUR/Tag
Planung:	... EUR/Tag
Grafik:	... EUR/Tag
Reinzeichnung	... EUR/Tag

Verbringt der Auftragnehmer nur einen Teil eines Tages mit Leistungen für den Auftraggeber, wird er nur einen Teil des Tagessatzes berechnen (1 Stunde = 1/8 Tagessatz).

10.5 Nebenkosten einschließlich aller Reisekosten werden gemäß Angebotskalkulation pauschal mit % des Nettogesamthonorars (ohne Honorar auf Tagesbasis) erstattet. Für Honorar, das als Tagessatz vergütet wird, fallen keine Nebenkosten an.

10.6 In den Honoraren und Nebenkosten ist die Umsatzsteuer nicht enthalten. Sie ist in der jeweiligen gesetzlichen Höhe gesondert in den Rechnungen auszuweisen.

10.7 Verlängert sich die Ausführungszeit über die Regelzeit (8 Monate) zuzüglich einer Karenzzeit von 4 Monaten, insgesamt also über einen Zeitraum von 12 Monaten (erweiterte Regelzeit) hinaus aus Gründen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, erhält dieser für die Zeit zwischen Ende der erweiterten Regelzeit und Fertigstellung des Projektes eine Vergütung, die sich nach seinem dann noch zu erbringenden Mehraufwand richtet. Die Parteien werden versuchen, eine Einigung über die Vergütung zu finden. Solange die Parteien sich nicht über eine pauschale Vergütung geeinigt haben, hat der Auftragnehmer seinen Mehraufwand während der Verlängerungszeit durch eine genaue Auflistung seines Zeitaufwands nachzuweisen.

Verlängert sich die Ausführungszeit über die erweiterte Regelzeit hinaus aus Gründen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, erhält dieser keine zusätzliche Vergütung.

Bei der Berechnung der Ausführungszeit werden Zeiten nach Abschluss einer Leistungsstufe und vor Beginn einer neuen Leistungsstufe (siehe § 3.8) nicht berücksichtigt.

§ 11 Zahlungen

11.1 Der Auftragnehmer hat Anspruch auf quartalsweise Abschlagszahlungen für erbrachte, nachgewiesene Teilleistungen einschließlich Umsatzsteuer. In jeder Abschlagsrechnung ist ein Einbehalt i.H.v. 10 % vorzunehmen. Die Einbehalte werden jeweils nach vollständiger Erbringung der Leistungen einer Leistungsstufe ausbezahlt.

Abschlagszahlungen werden 21 Kalendertagen nach Zugang einer prüfbaren Abschlagsrechnung fällig. Der Auftragnehmer hat dazu Rechnungen übersichtlich aufzustellen und Art und Umfang der Leistung durch Belege in allgemein üblicher Form inkl. fortgeschriebenem Kosten- und Zeitplan nachzuweisen.

11.2 Nach Abnahme sämtlicher Leistungen des Auftragnehmers hat dieser seine Leistungen in einer prüffähigen Schlussrechnung unverzüglich abzurechnen. Die Schlusszahlung wird 30 Kalendertage nach Zugang fällig. § 641 Abs. 3 BGB bleibt unberührt.

11.3 Rechnungen sind wie folgt zu adressieren:

Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlungen Bayerns
z.H. Dr. Elisabeth Schepers
Menzinger Straße 71

D-80638 München

und per E-Mail an: generalsekretariat@snsb.de zu senden.

- 11.4 Nachforderungen nach einer einmal erteilten Schlussrechnung sind ausgeschlossen, wenn der Auftraggeber hierauf entsprechende Zahlung geleistet hat und er davon ausgehen durfte, dass der Auftragnehmer mit der Schlussrechnung eine endgültige Bewertung und Abrechnung seiner Leistungen vorgenommen hat.

§ 12 Abnahme

- 12.1. Der Auftraggeber wird die vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen abnehmen, sofern die Leistungen vollständig, vertragsgerecht und im Wesentlichen mängelfrei erbracht sind und der Auftragnehmer die Fertigstellung in Textform angezeigt hat.
- 12.2. Der Auftragnehmer wird die Einweisung des Betriebspersonals begleiten. Dies erfolgt spätestens bei der Abnahme.
- 12.3. Der Auftragnehmer übergibt spätestens drei Werktage vor der Abnahme die nötigen Betriebshandbücher, Garantieurkunden, Bedienungsanleitungen.

§ 13 Haftung, Verjährung und Sicherheiten

- 13.1 Die Gewährleistungs- und Schadensersatzansprüche des Auftraggebers richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.
- 13.2 Die vorgenannten Ansprüche verjähren nach Ablauf von fünf Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt mit der Abnahme gemäß § 12.
- 13.3 Die Haftung des Auftragnehmers für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Mängelfreiheit seiner Leistungen bleibt bis zur Abnahme nach § 12 dieses Vertrages unberührt, auch wenn der Auftraggeber sie vorbehaltlos entgegennimmt oder freigibt.

§ 14 Urheberpersönlichkeitsrecht und Rechte Dritter

- 14.1 Sind die Leistungen des Auftragnehmers urheberrechtlich geschützt, bleiben dessen Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.
- 14.2 Der Auftragnehmer garantiert dem Auftraggeber, dass seine nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen frei von Rechten Dritter sind und stellt den Auftraggeber von möglichen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung von Urheber- und Leistungsschutzrechten oder sonstigen Rechten frei.
- 14.3 Für im Rahmen der Budgets zugekaufte Nutzungsrechte Dritter (Lizenzen) gelten die Bestimmungen der jeweiligen Lizenzanbieter oder Künstler bzw. Künstlerinnen. Der Zukauf der Rechte erfolgt in Abstimmung mit dem Auftraggeber in Bezug auf die zuzukaufenden Nutzungsumfänge und unter Berücksichtigung der budgetären Möglichkeiten.

§ 15 Verwertungs- und Nutzungsrechte des Auftraggebers

- 15.1 Der Auftragnehmer überträgt dem Auftraggeber die Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an allen von ihm für das Projekt erstellten Unterlagen (verkörpert oder in elektronischer Form) sowie an den für das Projekt erbrachten Leistungen zeitlich und räumlich unbegrenzt. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte auf Dritte zu übertragen.
- 15.2 Der Auftraggeber erhält insbesondere das Recht, Elemente der Ausstellung oder die gesamte Ausstellung und die zugrunde liegende Planungen ohne Mitwirkung und Zustimmung des Auftragnehmers zu ändern, eigenständig weiterzuentwickeln, aus der Ausstellung zu entfernen oder an einem anderen Ort zu verwenden. Besteht ein Urheberpersönlichkeitsrecht, ist dieses zu wahren und der Auftragnehmer anzuhören, bevor die Planung oder Ausstellungselemente wesentlich geändert werden. Entstellende Änderungen sind von dieser Regelung ausgenommen.

Die Verwertungs- und Nutzungs- und Änderungsrechte umfassen auch das Recht für den Auftraggeber, die Leistungen des Auftragnehmers, Unterlagen, Modelle und das Projekt selbst für jegliche Kommunikationsmaßnahmen in Medien jeder Art zu verwenden und zu verbreiten und für die Öffentlichkeitsarbeit oder für werbliche Maßnahmen uneingeschränkt zu nutzen.

- 15.3 Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer im Kontext der Ausstellung in geeigneter Weise als Ausstellungsgestalter nennen. Der Auftragnehmer ist berechtigt,

in Abstimmung mit dem Auftraggeber die Ausstellung als Referenz in seiner Unternehmenskommunikation (z.B. Pressemappe, Internetauftritt) darzustellen.

- 15.4 In dem vereinbarten Honorar sind sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Übertragung der Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an für das Projekt erstellten Unterlagen und erbrachten Leistungen abgegolten. Das gilt auch, wenn der Vertrag vorzeitig beendet oder nicht alle Leistungsstufen beauftragt werden.

§ 16 Kündigung

- 16.1 Für die Kündigung des Vertrags gelten die gesetzlichen Regelungen, insbesondere §§ 648 und 648a BGB mit folgender Maßgabe:
- 16.2 Im Falle einer Vertragsbeendigung durch eine vom Auftraggeber ausgesprochene Kündigung oder eine einvernehmliche Vertragsaufhebung aus einem wichtigen, vom Auftragnehmer zu vertretendem Grund hat der Auftragnehmer lediglich Anspruch auf Vergütung der bis zu diesem Zeitpunkt erbrachten Leistungen, soweit die erbrachten Leistungen für den Auftraggeber in zumutbarer Weise verwertbar sind. Sofern ein Anspruch des Auftraggebers auf Schadensersatz und/oder auf Mehrkostenerstattung besteht, ist der Auftraggeber berechtigt, mit diesem Anspruch die Aufrechnung gegenüber dem Vergütungsanspruch des Auftragnehmers zu erklären.
- 16.3 In allen sonstigen Fällen der Vertragsbeendigung (Kündigung bzw. einvernehmliche Vertragsaufhebung aus wichtigem Grunde durch den Auftragnehmer, sowie Kündigung bzw. einvernehmliche Vertragsaufhebung aus einem wichtigen, aber nicht vom Auftragnehmer zu vertretendem Grund durch den Auftraggeber) hat der Auftragnehmer Anspruch auf Vergütung der bis zur Kündigung erbrachten Leistungen. Daneben bestehende gesetzliche Ansprüche (wie z. B. der Anspruch aus § 642 BGB oder der Schadenersatzanspruch aus § 648 Absatz 6 BGB) bleiben unberührt.

Ein wichtiger Grund zur Kündigung liegt für den Auftraggeber insbesondere vor, wenn ihm kein ausreichendes Budget für die weiteren Leistungen des Auftragnehmers zur Verfügung steht oder sich die Fertigstellung des Gebäudes nach Abruf einer weiteren Leistungsstufe erheblich verzögert.

- 16.4 Die Kündigung muss schriftlich erfolgen (§ 126 BGB).
- 16.5 Im Fall einer Kündigung hat der Auftragnehmer seine Arbeiten abzuschließen und seine Leistungsergebnisse in einer Art geordnet zu übergeben, die eine

Übernahme und Fortführung des Projektes durch einen Dritten ohne unangemessene Schwierigkeiten möglich macht.

§ 17 Herausgabe von Unterlagen/Zurückbehaltungsrecht

- 17.1 Arbeitsergebnisse werden als pdf und auf Wunsch des Auftraggebers in folgenden Formaten zur Verfügung gestellt:

Zeichnungen: Planungsleistung in DWG oder DXF-Format

Ausschreibungen: GAEB-Format

Zu liefernde DWG-Dateien müssen sich verlustfrei einlesen, öffnen, bearbeiten und speichern lassen. Außerdem werden die Arbeitsergebnisse auf Wunsch des Auftraggebers in Papierform maximal 2-fach übergeben.

Unterlagen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer unaufgefordert spätestens bei der Abnahme zurückzugeben, wenn er sie zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nicht mehr benötigt.

- 17.2 Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers an den von ihm erstellten Planungsunterlagen, die für die Durchführung der Planung und die Realisierung des Projektes erforderlich sind, ist ausgeschlossen. Der Auftragnehmer ist insoweit bis zur Fertigstellung der geschuldeten Leistungen vorleistungspflichtig. Etwas anderes gilt bei einer freien Kündigung des Auftraggebers oder bei einer Kündigung des Auftragnehmers aus Gründen, die der Auftraggeber zu vertreten hat. In diesen Fällen steht dem Auftragnehmer bis zur Ausgleichung berechtigter und fälliger Honoraransprüche durch den Auftraggeber ein Zurückbehaltungsrecht an den von ihm erstellten Unterlagen zu. Dieses Zurückbehaltungsrecht erlischt, wenn der Auftragnehmer nicht binnen vier Wochen nach Zugang der Kündigung eine prüfbare Honorarschlussrechnung vorgelegt hat oder wenn der Auftraggeber ein dringliches Interesse an der Vorlage der Unterlagen dargetan hat.

§ 18 Datenschutz

- 18.1. Beide Parteien verpflichten sich, dem Schutz persönlicher Daten besondere Beachtung zu schenken und die Ausstellung nach Maßgabe und den Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zu planen und zu erstellen.
- 18.2. Wenn Datenschutzinteressen von Personen innerhalb der Ausstellung betroffen sind, insbesondere Persönlichkeitsrechte im Zusammenhang mit Darstellungen, Fotos, Filmen, Textbeiträgen u.Ä., so liegt die Verantwortung für die Prüfung, ob

Einverständniserklärungen einzuholen sind, sowie die Einholung gegebenenfalls erforderlicher Zustimmungen beim Auftraggeber, es sei denn der Auftragnehmer wird mit dieser Aufgabe ausdrücklich als gesondert zu vergütender Zusatzleistung betraut.

§ 19 Sonstiges und Gerichtsstand

19.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Ausführung des Auftrags alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere

- den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, und
- gemäß § 7 Abs. 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, § 3 Abs. 1 des Entgelttransparenzgesetzes und § 2 Nr. 7 AEntG gleiches Entgelt für Frauen und Männer bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit zu bezahlen.

19.2. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen. Aus Beweisgründen ist für Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages die Textform zu wählen.

19.3. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Vertragssprache ist Deutsch.

19.4. Ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist München.

München, den , den

.....
Auftraggeber

.....
Auftragnehmer